

# Schulterabschluss für Lübecks Uni

## Stiftung soll den Standort sichern – Morgen entscheidet die Kieler Landesregierung

VON CURD TÖNNEMANN UND  
JOSEPHINE VON ZASTROW

**LÜBECK/KIEL** – Große Allianz für die Lübecker Uni: Ehe morgen in Kiel der Krisengipfel der Großen Koalition eine Entscheidung fällt, formiert sich eine breite Front gegen die Privatisierungspläne des Kieler Wirtschaftsministeriums.

Angesichts eines Investitionsstaus von mindestens einer halben Milliarde Euro sei es unsinnig, eine Gesamtlösung für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) weiterzuverfolgen, sagte Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) den LN. Er plädiert dafür, die vor drei Jahren vollzogene Fusion der Klinikstandorte Kiel und Lübeck rückgängig zu machen. Grund: Der enorme Investitionsstau gehe zu vier Fünfteln auf Kieler Kappe. Insider befürchten bei einer Teilprivatisierung des UKSH, wie die Landesregierung sie plant, dass sich Kiel auf Kosten Lübecks saniert. Lübeck hatte bereits bei der Sitzverteilung im übergeordneten Universitätsrat, der weit reichende Strukturentscheidungen treffen soll, gegenüber Kiel den Kürzeren gezogen.

Lübeck hat zur Uni-Sanierung das Modell einer Stiftungsuni ins Gespräch gebracht, für das sich im Landtag auch die Liberalen aussprechen. „Ohne diesen Schritt wird die medizinische Fakultät angesichts knapper Finanzmittel nicht in Lübeck zu halten sein“, formuliert FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki. Seine Befürchtung: Ein privater Investor könnte die lukrativen Teile des Klinikums allein in Kiel vormalen. Kubicki: „Da beginnt sofort die Rosinenpickerei.“ Bei einem Stiftungsmodell würden Universität und Klinikum wieder zusammengeführt. Der Kaufpreis für die Klinik-Immobilie würde in eine Stiftung einfließen.



*„Angesichts eines Investitionsstaus von 500 Millionen Euro, der zu vier Fünfteln auf Kieler Kappe geht, ist es unsinnig, eine Gesamtlösung weiterzuverfolgen.“*

Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe



*„Wir brauchen ein Beteiligungsmodell, das den Standort Lübeck dauerhaft stärkt, und zwar gleichermaßen bei Ausbildung und Forschung.“*

IHK-Hauptgeschäftsführer Bernd Rohwer



*„Die Fusion der Klinik-Standorte Kiel und Lübeck war Unsinn. Dadurch ist die Hochschule vom Klinikum getrennt und geschwächt worden.“*

Universitäts-Rektor Peter Dominiak

Auch Uni-Rektor Peter Dominiak spricht sich dafür aus, die Zusammenlegung der Kliniken in Kiel (5500 Arbeitsplätze) und Lübeck (4500) rückgängig zu machen. „Die Fusion von 2003 war Unsinn“, sagt er. Dadurch sei die Hochschule vom Klinikum getrennt und unnötig geschwächt worden. Eine von der Landesregierung beauftragte Unternehmensberatung gibt dem Rektor in diesem Punkt Recht. Die Fusion hat nach Ansicht der Gutachter zu wenig gebracht, doppelte Strukturen seien nur „geringfügig“ abgebaut, Synergien nur im Ansatz genutzt worden.

Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Lübeck, Bernd Rohwer, sieht den Erhalt des Uniklini-

kums Lübeck als unverzichtbar an. „An der Gesundheitswirtschaft hängen in unserer Region weit über 50 000 Arbeitsplätze. Für viele davon sind Universität und Klinikum lebenswichtig“, so Rohwer. Deshalb appelliert der IHK-Chef und ehemalige Wirtschaftsminister an die Politik: „Wir brauchen ein Beteiligungsmodell, das den Standort Lübeck dauerhaft stärkt, und zwar gleichermaßen bei Ausbildung und Forschung.“ In einer Stiftung könne man eine Universität dauerhaft ein Stück unabhängiger von öffentlichen Haushalten machen.

In die gleiche Kerbe schlägt Stefan Dräger: „Ohne die Bereitschaft, vorhandene Strukturen und Abläufe im UKSH auf den

Prüfstand zu stellen und zu verändern, wird es nicht leicht, die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, die wir benötigen“, sagt der Vorstandsvorsitzende der Drägerwerke. Er finde den Vorschlag der Nord-SPD gut, auch vom Koalitionsvertrag abweichende Varianten ins Spiel zu bringen.

Ex-Ministerpräsident und Vorsitzender des Hochschulbeirates Björn Engholm wehrt sich gegen die Privatisierung des UKSH – aber auch gegen ein Stiftungsmodell. „Wer zu schnell abspringt vom Boot der staatlichen Förderung, wird dauerhaft Forschung und Lehre gefährden“, meint er. Seiner Ansicht nach gehören Klinikum, Forschung und Lehre zur Hauptverpflichtung des Staates.

### Hintergrund

## Kieler Krisengipfel geht morgen in die dritte Runde

**KIEL** – Der Koalitionsausschuss kommt morgen zum dritten Mal zusammen. Nach einer ersten Runde gegen Mittag treffen sich um 18 Uhr je sechs Vertreter von CDU und SPD im Gästehaus der Landesregierung. Hinter verschlossenen Türen geht es um die Kreisgebietsreform, den Haushalt sowie Hochschulthemen. Bei der Teilprivatisierung des Uniklinikums liegen die beiden Regierungsparteien ebenso über Kreuz wie bei den Studiengebühren, die die CDU einführen will.

Hans Heinrich Driftmann vom Unternehmensverband Nord verlangte gestern ein deutliches Signal Richtung Studiengebühren. „Auf unsere Hochschulen kommen die stärksten Abiturjahrgänge seit Jahrzehnten zu“, warnte er. Sie dürften nicht von auswärtigen Studenten überschwemmt werden. Zudem müsse Schluss sein mit dem „Hin und Her, mit dem für die Bürger kaum noch begreiflichen Gezeter um die Kreisreform“, mahnt Driftmann. Die Koalitionsspitzen sollten den Weg frei machen für eine umfassende Kreisgebietsreform. „Die Zeiten, in denen die Kreise auf Pepita Schach spielen, müssen endgültig der Vergangenheit angehören.“

In der CDU-Landesgeschäftsstelle zeigt man sich zuversichtlich: „Wir werden zu einer Einigung kommen“, meint Landesgeschäftsführer Daniel Günther. Das Nachverhandeln wird langsam zur Routine: In den vorangegangenen Runden hatte man sich unter anderem auf ein neues Schulgesetz verständigt. **ju**